



399. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz in Hamburg

**Ministerin Löhrmann: „Standards sichern
bundesweite Vergleichbarkeit des Abiturs“**

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Düsseldorf, 19. Oktober 2012. Schulministerin Sylvia Löhrmann hat den Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Einführung von einheitlichen Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife begrüßt. „Um die Vergleichbarkeit bei der Abiturprüfung in ganz Deutschland zu gewährleisten, sind gemeinsame Standards notwendig. Diese wurden jetzt für die Kernfächer beschlossen. Damit ist die Debatte um ein bundesweites Zentralabitur hinfällig. Die Abituraufgaben der Länder werden sich nach den Standards richten. Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler wissen jetzt ganz klar, was im Abitur gefordert ist. Damit erleichtern wir gleichzeitig den Wechsel zwischen den Bundesländern“, erklärte Ministerin Löhrmann, die sich für diesen Weg der bundesweiten Bildungsstandards stark gemacht hatte.

Die KMK hat die Bildungsstandards für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch beschlossen. Sie wurden vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin entwickelt. Bildungsstandards für die Naturwissenschaften sollen im Anschluss vorbereitet werden.

Die ersten Abiturprüfungen auf Grundlage der neuen Standards für die Kernfächer werden 2017 geschrieben. Ministerin Löhrmann betonte, dass die Standards in NRW zügig in den Lehrplänen und Abiturvorgaben umgesetzt werden, damit die Schulen sich auf die neuen Vorgaben einstellen und die Schülerinnen und Schüler optimal auf die Abiturprüfung vorbereiten können. Dazu stellt das IQB den Ländern Beispielaufgaben zur Verfügung.

Die Standards der KMK beschreiben für die Fächer Deutsch, Englisch und erste Fremdsprache ein Abschlussprofil der Kompetenzen, über die Schülerinnen und

Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn verfügen müssen, um ein Hochschulstudium aufnehmen und erfolgreich abschließen zu können.

Die KMK hat auf ihrer Plenarsitzung in Hamburg außerdem eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur **Weiterentwicklung der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen** beschlossen. Bund und Länder werden bei der Forschung und Evaluation von Sprachförderprogrammen kooperieren. Ziel der Initiative ist aus nordrhein-westfälischer Sicht eine durchgängige Sprachbildung als Kern einer interkulturellen Unterrichts- und Schulentwicklung, die an den Potenzialen der Kinder und Jugendlichen ansetzt. Dazu gehört beispielsweise die Wertschätzung natürlicher Mehrsprachigkeit. Ministerin Löhrmann: „Ich unterstütze diese Initiative und erwarte eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Konsequenter wäre jetzt eine Initiative der Bundesregierung zur Aufhebung des Kooperationsverbots wie sie viele Länder und Verbände seit Langem fordern.“ Nordrhein-Westfalen wird im Lenkungsausschuss des Programms vertreten sein.

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die Schulen bei einer durchgängigen Sprachförderung mit 3.000 Integrationsstellen und 567 weiteren Stellen zur Sprachförderung in Haupt- und Gesamtschulen. Die kommunalen Integrationszentren unterstützen die Schulen bei der Antragstellung und Umsetzung.

Die KMK hat ebenfalls das gemeinsame Bestreben aller Länder bekräftigt, gleichermaßen die Qualität der Lehrerbildung und die möglichst weitgehende gegenseitige **Anerkennung von Lehramtsabschlüssen** (Masterabschlüsse, Erste und Zweite Staatsprüfungen) zu sichern. Um eine noch konsequentere Umsetzung der bestehenden KMK-Beschlüsse zur Lehrerbildung und zur Abschlussanerkennung zu gewährleisten, sollen bis März 2013 gemeinsame Umsetzungsrichtlinien erarbeitet werden. Auf dieser Basis sollen die Länder dann bis Ende 2014 ihre jeweiligen Regelungen und Verfahren überprüfen und erforderlichenfalls anpassen.

Ministerin Löhrmann unterstützt den Beschluss: „In Nordrhein-Westfalen werden die Beschlüsse der KMK zur Abschlussanerkennung bereits heute konsequent umgesetzt. Soweit dies noch nicht bundesweit der Fall sein sollte, sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um die bundesweite Mobilität von Studienabsolventinnen und -absolventen sowie von Lehrerinnen und Lehrern weiter zu verbessern.“